

Dringlichkeitsantrag

nachgezogen zum Plenum Drs. 18/23213

der Abgeordneten **Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Manfred Eibl, Rainer Ludwig, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Susann Enders, Dr. Hubert Faltermeier, Hans Friedl, Tobias Gotthardt, Eva Gottstein, Wolfgang Hauber, Johann Häusler, Dr. Leopold Herz, Alexander Hold, Nikolaus Kraus, Gerald Pittner, Bernhard Pohl, Kerstin Radler, Robert Riedl, Gabi Schmidt, Jutta Widmann, Benno Zierer** und **Fraktion (FREIE WÄHLER)**,

Thomas Kreuzer, Tobias Reiß, Prof. Dr. Winfried Bausback, Alexander König, Tanja Schorer-Dremel, Jürgen Baumgärtner, Eric Beißwenger, Kerstin Schreyer, Volker Bauer, Gerhard Eck, Alexander Flierl, Dipl.-Ing. Jochen Kohler, Dr. med. vet. Petra Loibl, Benjamin Miskowitsch, Martin Mittag, Walter Nussel, Franz Josef Pschierer, Hans Ritt, Dipl.-Kaufmann Josef Schmid, Angelika Schorer, Thorsten Schwab, Klaus Steiner, Klaus Stöttner, Steffen Vogel, Martin Wagle und **Fraktion (CSU)**

Kein Verbot der Neuzulassung von Verbrennungsmotoren

Drs. 18/23213

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag stellt fest, dass in Bayern eine sehr hohe, über lange Jahre aufgebaute Technologiekompetenz im Bereich der Verbrennungsmotoren vorhanden ist. Hierfür wurden in großem Umfang private und öffentliche Mittel für Forschungs- und Entwicklung aufgewandt. Außerdem wurden insbesondere in den letzten Jahren erhebliche Fortschritte im Bereich der Herstellung klimaneutraler synthetischer Kraftstoffe erzielt und es werden weiterhin erhebliche Investitionen in diesem Bereich getätigt. Es ist notwendig hierfür langfristige Investitionssicherheit zu schaffen und das für die bayerische Wirtschaft zentrale Knowhow weiter auf höchstem Niveau im Land zu halten. Außerdem stellen Fahrzeuge mit Verbrennungsmotoren im Flächenland Bayern einen wertvollen Beitrag zur Gewährleistung einer flächendeckenden Mobilität der Bevölkerung dar.

Die Staatsregierung wird aufgefordert sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass sich die Bundesregierung auf europäischer Ebene dafür einsetzt den Beschluss des EU-Parlaments ab 2035 keine neuen Pkw und leichten Nutzfahrzeuge mit Verbrennungsmotor mehr zuzulassen nicht umzusetzen. Eine ideologisch motivierte, einseitige Technologieauswahl für Antriebstechnologien ist konsequent abzulehnen. Anstatt dessen soll auf technologie neutrale, europaweit abgestimmte und langfristig zuverlässige marktwirtschaftliche Rahmenbedingungen gesetzt werden. Diese sollen es den Marktteilnehmern ermöglichen für jeden Anwendungsfall

die individuell beste Antriebsart einzusetzen. In jedem Fall darf eine schrittweise Reduktion des Einsatzes von Verbrennungsmotoren nur im Gleichklang mit dem Aufbau der notwendigen Ladeinfrastruktur für E-Fahrzeuge erfolgen. Hierzu ist es auch notwendig, dass der Bund weiterhin den Aufbau einer flächendeckenden Ladeinfrastruktur national unterstützt, aber sich hierbei auch für ein europaweit abgestimmtes Vorgehen einsetzt, damit auch die grenzüberschreitende Mobilität dauerhaft gesichert wird. Mit einer Diversifizierung der Antriebsarten sollen auch langfristig die Exportchancen der Mobilitätswirtschaft gesichert werden.

Begründung:

Das EU-Parlament hat sich für ein Verbot der Neuzulassung von Verbrennungsmotoren bei neuen Pkw und leichten Nutzfahrzeugen ab dem Jahr 2035 als Teil des EU-Klimapakets "Fit for 55" ausgesprochen. Dies wird von zahlreichen Industrievertretern scharf kritisiert. Der Wirtschaftsstandort Bayern wäre von einem solchen Verbot stark betroffen. Zahlreiche Unternehmen in Bayern müssten Ihre Produktpalette massiv umstellen und wären in der weiteren wirtschaftlichen Verwertung von Ihrem, teilweise weltweit führenden, Knowhow erheblich eingeschränkt. Der Beschluss des EU-Parlaments verkennt das Potential synthetischer Kraftstoffe die klimaneutral hergestellt werden können und die zukünftig in klassischen Verbrennungsmotoren zum Einsatz kommen können.

Ein Verbot der Neuzulassung von Verbrennungsmotoren schon ab 2035 gefährdet nicht nur wichtige Teile des Wirtschaftsstandorts Bayern, sondern gefährdet auch die flächendeckende Versorgung der Bevölkerung mit bezahlbarer Mobilität. Trotz erheblicher Anstrengungen steht noch nicht flächendeckend ausreichend Ladeinfrastruktur für E-Fahrzeuge zur Verfügung. Außerdem befindet sich der Stromsektor aktuell in einem tiefgreifenden Wandel, welcher erhebliche Investitionen erfordert und den Strompreis (u.a. durch den erforderlichen Netzausbau) zumindest für die Dauer der Transformation verteuert. Ein weiteres Anheizen der hierdurch ohnehin schon vorhandenen Inflation der Energiepreise durch ein ideologisch vorgegebenes Verbrennerverbot ist zu vermeiden. Eine Diversifizierung der Antriebsarten in Europa je nach Anwendungsfall kann hingegen dem Preisanstieg langfristig entgegenwirken und auch einseitige Abhängigkeiten vermeiden, unter welchen die Wirtschaft aktuell durch gestörte Lieferketten leidet. Außerdem werden die internationalen Exportchancen der Wirtschaft gestärkt, da im Zuge der weltweiten Klimaschutzanstrengungen auch weltweit mit einer Diversifizierung der Antriebsarten zu rechnen ist.